Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 44 (1965)

Heft: 1

Artikel: Die Sowjetunion : eine historische Skizze vom Kriegskommunismus bis zur Gegenwart

Autor: Schelker, Markus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337653

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

liche Mitbestimmung keine hohen Wellen. Dies ist verständlich. Schließlich haben in der Eidgenossenschaft die Wirtschaftsverbände und damit die wichtigsten Interessengruppen weitgehende Mitentscheidungs- und Mitsprachebefugnisse. Regierung und Verwaltung treffen kaum wichtigere wirtschaftspolitische Entscheidungen ohne vorher die Wirtschaftsverbände (und die Kantone) zu konsultieren. Vertreter der großen Wirtschaftsverbände sitzen in den zahlreichen beratenden Kommissionen und können dort ihren Standpunkt vertreten. Im Gesetzgebungsverfahren besteht ein ausgebautes und eingespieltes Vernehmlassungsverfahren, das die Mitbestimmung – sofern man dieses Wort gebrauchen will – aller Wirtschaftsgruppen garantiert. Überdies steht es der Regierung frei, besondere Expertenkommissionen zur Abklärung bestimmter Fragen zu bilden oder wissenschaftliche Gutachten einzuholen. Was das Parteiprogramm der SPS verlangt, nämlich daß bei den Entscheidungen über Richtung und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik den einzelnen Wirtschaftsgruppen und Berufsverbänden, insbesondere auch den Arbeitnehmern und Konsumenten, ein Mitspracherecht einzuräumen sei, ist in weitem Umfange verwirklicht. Eine weitergehende Institutionalisierung dieser Mitbestimmungs- und Mitsprachemöglichkeit etwa im Sinne eines Wirtschaftsrates drängt sich nicht auf. Dies heißt jedoch nicht, daß nicht manches in der Richtung einer Demokratisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen und einer angemessenen Vertretung der Arbeitnehmerorganisationen verbesserungsfähig wäre.

MARKUS SCHELKER

Die Sowjetunion - eine historische Skizze vom Kriegskommunismus bis zur Gegenwart

Geburt und Aufstieg der Sowjetunion gehören zu den Ereignissen, welche das Gesicht Europas und der Welt in diesem Jahrhundert entscheidend mitgestaltet haben. In Lenins Händen wurde die Lehre des Marxismus zu einer Anleitung zum Handeln und schließlich zur Grundlage eines der bedeutendsten Staaten der Weltgeschichte. Dem Außenstehenden mag die Gründung der Sowjetunion als ein radikaler Bruch mit den jahrhundertealten Traditionen der russischen Geschichte erscheinen. Diese Auffassung geht indessen an der Wahrheit vorbei. Obgleich sich der heutige Sowjetstaat seiner Gesellschaftsform und seiner Staatsstruktur nach völlig vom alten zaristischen Rußland unterscheidet, kann er gleichwohl seine Abstammung nicht verleugnen. Imperialismus und Nationalismus sind gleichermaßen Kennzeichen kommunistischer Politik, wie sie auch Kennzeichen des Zarenreichs waren, trotzdem sich die politischen Vorzeichen verändert haben. Die Bauernfrage darf ebenfalls als gewissermaßen «ewige» Konstante der russischen Geschichte gelten.

Aus diesen wenigen Fakten wird bereits deutlich, daß eine umfassende Darstellung der Sowjetunion letztlich nur im Rahmen einer Darstellung der russischen Geschichte überhaupt verwirklicht werden könnte. Dieser Grenzen ist sich der Verfasser der vorliegenden Arbeit wohl bewußt. Es geht ihm nicht darum, eine vollständige Geschichte Rußlands zu schreiben; vielmehr möchte er versuchen, einen allgemeinen Überblick über das Phänomen Sowjetrußland zu vermitteln. Im wesentlichen sollen hier nur die Vorgänge nach der Oktoberrevolution von 1917 behandelt werden. Auf die Vorgeschichte der Revolution kann hier nur ganz kurz eingegangen werden. Der Verzicht auf eine ausführlichere Schilderung dieser Zeit läßt sich insofern rechtfertigen, als über die Oktoberrevolution und ihre Vorbedingungen eine recht umfangreiche zuverlässige Literatur existiert, während es anderseits verhältnismäßig wenig gute Darstellungen der Zeit nach 1917 gibt.

Die russische Revolution begann nicht erst mit dem Petersburger Blutsonntag von 1905. Sie setzte bereits rund neunzig Jahre vorher ein. In den Jahren von 1815 bis 1825 fanden sich liberal gesinnte Adelige, die für einen demokratischen Verfassungsstaat kämpften, zu einer eigentlichen Freiheitsbewegung zusammen. Diese Bewegung gipfelte und endete zugleich im sogenannten «Dekabristenaufstand» (von dekjabr = Dezember) von 1825. Damit ging die erste der insgesamt vier Epochen der Russischen Revolution zu Ende. Nach dem Scheitern des schlecht vorbereiteten Dekabristenaufstandes wurde der russische Adel entweder domestiziert, das heißt nach bewährtem Louis-XIV.-Vorbild an den Zarenhof gebunden, oder in die Verbannung geschickt und damit politisch entmachtet. Die zweite Epoche der russischen Revolutionsbewegung fiel in die Regierungszeit des sehr reaktionären Zaren Nikolaus I. Dieser Generation gehörten bürgerliche Intellektuelle, wie Bellinskij, Gogol, und andere an. Viele von ihnen orientierten sich an den Ideen des Westens, besonders an den Schriften der französischen Frühsozialisten Fourier und St. Simon. Einer der zweifellos talentiertesten Vertreter dieser Generation, Alexander Herzen, der spätere Herausgeber der illegalen satirischen Zeitschrift «Die Glocke», vermittelte in seinen «Briefen über das Studium der Natur» einen faszinierenden, wenn auch etwas turbulenten Überblick über die gesamte abendländische Philosophie. Andere Gruppen der Intelligenz unternahmen den Versuch, aus den historischen und religiösen Traditionen des Slawentums neue Wege für Rußlands Zukunft zu konzipieren. Die Sehnsucht nach einer umfassenden Erneuerung ergriff immer weitere Volkskreise.

Die dritte Generation war die der Anarchisten. Lange Jahre war auch die Bewegung der Sozialrevolutionäre stark anarchistisch inspiriert. Es war das Zeitalter des individuellen Terrors. Erst der vierten Generation sollte schließlich die entscheidende Revolution gelingen: den Marxisten. In der Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts begann Plechanow mit der systema-

tischen Verbreitung des Marxismus in Rußland. In Petersburg, wo er mit seiner Agitationstätigkeit anfing, sollte etwas mehr als dreißig Jahre später Lenin die Revolution zum Siege führen. Die Industrialisierung, die nach 1870 in den großen Städten Westrußlands langsam einzusetzen begann, begünstigte die Bildung von revolutionären Kadern unter der Arbeiterschaft. Bis zur Revolution von 1905 allerdings war der russische Marxismus fast ausschließlich eine Ideologie der Intellektuellen; erst nachher erlangten die marxistischen Arbeiter, die eigentlichen Proletarier, innerhalb der Partei eine gewisse Bedeutung. Dies zeigte sich besonders deutlich bei der Rückkehr von Lenin nach Rußland im April 1917. Damals stieß er mit seinen berühmten «Aprilthesen» bei seinen alten Parteifreunden auf taube Ohren. Deshalb suchte und fand er Unterstützung bei der jungen Generation der bolschewistischen Arbeiter. Mit Hilfe der Bauern, denen man eine Neuverteilung des Landes versprochen hatte, und mit Hilfe meuternder Heereseinheiten gelang schließlich die Revolution von 1917. Die erste Phase der Geschichte der Sowjetunion hatte begonnen.

Der Kriegskommunismus (1917 bis 1921)

Schon wenige Tage nach dem erfolgreichen Umsturz fanden in Rußland Ende November Wahlen statt. Es galt, die Abgeordneten in die sogenannte konstituierende Versammlung zu bestimmen. Diese Wahlen verliefen absolut nicht so, wie es sich Lenin gewünscht hatte. Die Sozialrevolutionäre eroberten über die Hälfte, nämlich 370 der insgesamt 707 Sitze, während auf die Bolschewiki nur 175 Mandate entfielen. Von den weiteren Linksparteien erhielten die Menschewiki 16 und die linken Sozialrevolutionäre 40 Mandate. Der Rest der Sitze ging an bürgerliche Gruppen. Da Lenin mit diesem Parlament nichts anfangen konnte, löste er es bereits im Januar 1918 wieder auf. Die eigentliche Macht lag nun beim Rat der Volkskommissare, in dem neben den Bolschewiki, die dieses Organ völlig beherrschten, für kurze Zeit auch die linken Sozialrevolutionäre mitwirkten. An der Front wurde die Lage immer katastrophaler. Die russischen Truppen fluteten überall zurück. Lenin bemühte sich um einen Frieden mit Deutschland. Bereits am 15. Dezember 1917 konnte er einen Waffenstillstand abschließen. Am 3. März 1918 wurde der Friede von Brest-Litowsk unterzeichnet. Der Preis, den der junge Sowjetstaat für diesen Frieden bezahlen mußte, war freilich im Augenblick recht hoch: 26 Prozent des russischen Territoriums, 27 Prozent des anbaufähigen Landes, 26 Prozent des Eisenbahnnetzes, 73 Prozent der Eisenindustrie und 75 Prozent der russischen Kohlengruben fielen an Deutschland. Dieser Friede führte zu einem totalen Zusammenbruch des russischen Wirtschaftslebens. Die Verwaltung des Landes zerfiel, die Armee löste sich auf. Das Land drohte in einem wilden Chaos zu versinken. Die Gegenrevolution sammelte sich, und

die von tüchtigen Offizieren geführte weiße Armee drohte die Revolution wieder zu ersticken. Lenin selbst wurde 1918 von einem Attentäter schwer verwundet. In dieser höchst bedrohlichen Situation machte sich Leo Trotzkij daran, die Rote Armee aufzubauen. Seine entscheidendste Maßnahme war wohl die Abschaffung der Soldatenräte, welche praktisch jede militärische Befehlsgebung verunmöglicht hatten, und ihre Ersetzung durch Kriegskommissare. Binnen weniger Jahre entwickelte sich so die Rote Armee zu einem der diszipliniertesten Heere der Welt. Die Verteidigung der Revolution wurde unter dem berühmten Schlagwort «Alles für die Front» geführt. Als Folge dieser Politik brach im Winter 1921/22 eine fürchterliche Hungersnot aus, der rund fünf Millionen Menschen zum Opfer fielen. In Petersburg und anderswo kam es zu großen Aufständen der hungernden und teilweise arbeitslosen Arbeiter. Während diese Aufstände sich nicht gegen das politische System richteten, sondern einfach Verzweiflungstaten hungernder Menschen waren, erwuchs der Aufstand der Kronstädter Garnison, die sich zum größten Teil aus sozialdemokratisch gesinnten Truppen zusammensetzte, eindeutig aus der Opposition dieser Leute gegen die Diktatur der Partei Lenins. Der Aufstand wurde denn auch von Einheiten der neugeschaffenen Geheimpolizei rücksichtslos in einem Blutbad ertränkt.

Im Jahre 1921 war der Bürgerkrieg praktisch zu Ende. Die Rote Armee, an deren Spitze einige sehr tüchtige Generäle wie Frunse und Tuchatschewskij standen, hatte sich praktisch überall durchgesetzt. Lediglich in Wladiwostok konnten sich die Japaner noch bis 1922 halten, dann mußten auch sie sich zurückziehen. Die Revolution hatte gesiegt. Sie hatte das alte Rußland in einen Trümmerhaufen verwandelt; nun mußte sie darangehen, das neue Rußland aufzubauen. Vorerst stellten der Wiederaufbau der Industrie und die Reorganisation der Landwirtschaft die dringendsten Aufgaben der Regierung dar. Gegenüber dem Stand von 1913 war die Stahlproduktion im Jahre 1920 auf 3,7 Prozent, die Kohlenförderung auf 27 Prozent, die Zukkerproduktion auf 9 Prozent und der Waggonbau auf 4,2 Prozent zurückgegangen. Lenin mußte bald erkennen, daß sich der Wiederaufbau der Industrie und des Handels nicht ohne Mithilfe der im Lande verbliebenen bürgerlichen Fachleute durchführen ließ, da es praktisch noch keine bolschewistischen Spezialisten gab. Lenin sah sich deshalb genötigt, sein umfangreiches Kollektivierungs- und Zentralisierungsprogramm abzubremsen und teilweise auf die Marktgesetze der kapitalistischen Wirtschaft zurückzugreifen. Lenin gab offen zu, daß die Maßnahmen, die er mit der

Neuen Ökonomischen Politik (NEP)

ergriff, zur Entstehung eines Staatskapitalismus führen würden. Die NEP brachte hauptsächlich für die Bauern und das Kleingewerbe, aber auch für

mittlere Industriebetriebe, eine weitgehende Reprivatisierung. Handel und Gewerbe kamen wieder in den Genuß des Marktes, wo sie ihre Produkte frei verkaufen konnten. In der verstaatlichten Industrie ließ man das Prinzip der absoluten Lohnnivellierung fallen. Es begann jene Bevorzugung der Kaderkräfte einzusetzen, die heute noch ein Wesenselement der sowjetischen Gesellschaftsstruktur darstellt.

In den Jahren der NEP konnte die Sowjetwirtschaft einen starken Aufschwung verzeichnen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern verbesserte sich zusehends. Die wirtschaftliche Liberalisierung war jedoch keineswegs mit einer Lockerung der politischen Zügel verbunden. In den Jahren 1921/22 zerschlug Lenin die letzten Reste der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die besonders in den Gewerkschaften noch über einen gewissen Rückhalt verfügten. Langsam normalisierten sich auch die Beziehungen der Sowjetunion zum Ausland wieder. Dem tüchtigen sowjetischen Außenminister Tschitscherin, einem versierten Diplomaten, gelang es, verschiedene westliche Staaten zu Handelsverträgen zu bewegen, so insbesondere England, Deutschland (Rapallo!), Norwegen und Österreich.

Im Jahre 1923 erhielt Rußland seine erste Verfassung, die 1936 durch die heute noch gültige «Stalin-Verfassung» abgelöst wurde. Diese Verfassung unterscheidet sich auf den ersten Blick kaum von den westlichen republikanischen Verfassungen, doch werden alle verfassungsmäßigen Garantien durch die faktische Vorherrschaft der Partei zunichte gemacht.

Lenin erlebte die Einsetzung der ersten Sowjetverfassung nur noch vom Krankenbett aus. Mehrere Schlaganfälle hatten ihn so sehr geschwächt, daß er kaum mehr an der Öffentlichkeit erscheinen konnte. Am 21. Januar 1924 erlag der große alte Mann, der sein Leben selbstlos in den Dienst der Revolution gestellt hatte, einem Schlaganfall. Nach seinem Tod übernahm vorerst das Triumvirat Stalin-Sinowjew-Kamenew die Herrschaft. Stalin übte damals das Amt eines Zentralsekretärs der KPdSU aus, während Kamenew Präsident des Politbüros war. Sinowjews Hausmacht bildete das wichtige Parteisekretariat von Leningrad. Zudem war er Vorsitzender der Komintern. Stalin nahm in diesem Dreierkollegium bald die Stellung eines primus inter pares ein. Zwischen ihm und Lenin war es in den letzten Jahren von Lenins Leben zu zahlreichen Auseinandersetzungen gekommen. In seinem berühmten politischen Testament, in dem Lenin kurz vor dem Tode seine Gedanken zur Zukunft der Sowjetunion niederlegte, geht der große Revolutionsführer mit Stalin nicht eben liebenswürdig um. Deshalb verhinderte Stalin trotz den Bitten von Lenins Witwe die Veröffentlichung dieses Testamentes. Es blieb Chruschtschew vorbehalten, dem russischen Volk im Jahre 1956 dieses Testament zur Kenntnis zu bringen. Lenin wandte sich in seinem politischen Vermächtnis speziell gegen die Vorherrschaft des großrussischen Elements inner-

halb der Sowjetunion und gegen die von Stalin ins Werk gesetzte Bürokratisierung der Revolution.

1925 verkündete Stalin vor dem XIV. Parteitag seine inzwischen berühmt gewordenen Thesen vom «Sozialismus in einem Lande»: «Früher hielt man den Sieg der Revolution in *einem* Lande für unmöglich, da man annahm, daß zum Siege über die Bourgeoisie eine gemeinsame Aktion der Proletarier aller fortgeschrittenen Länder oder jedenfalls der Mehrzahl dieser Länder erforderlich sei. Jetzt entspricht dieser Standpunkt nicht mehr der Wirklichkeit . . .», schrieb Stalin in seinem Hauptwerk «Fragen des Leninismus».

Diese Formel entsprach seiner realpolitischen Beurteilung der Weltlage. Er erkannte, daß nach dem raschen Zusammenbruch der deutschen Novemberrevolution von 1918 die Voraussetzungen für die sofortige Verwirklichung der Weltrevolution nicht mehr bestanden. Deshalb setzte Stalin an die Stelle der alten marxistischen These, wonach sich der Sozialismus nur durch eine Weltrevolution verwirklichen lasse, seine These vom Sozialismus in einem Lande. Diese These bedeutete jedoch keineswegs eine Abkehr von der Idee des Weltkommunismus. Stalin förderte diese Idee jedoch weniger durch die Unterstützung von Revolutionen als vielmehr durch seine imperialistische Außenpolitik. In den Diadochenkämpfen, die sich innerhalb der Parteispitze um die Nachfolge Lenins abspielten, sicherte sich Stalin bald eine gute Ausgangsposition. Schon 1925 gelang es ihm, seinen größten Widersacher, den Kriegsminister Leo Trotzkij, von seinem Posten zu verdrängen. Trotzkij gehörte zum linken Flügel der Partei und trat für einen ausgeprägten Zentralismus und die Forcierung des Ausbaus der Schwerindustrie ein. In den Jahren 1925/26 mußte sich Stalin eingehend mit dieser «Linksopposition» auseinandersetzen. Sinowjew und Kamenew, die beide Trotzkij ursprünglich feindlich gegenübergestanden hatten, nahmen unter dem Eindruck von Stalins Machthunger Verbindung zu Trotzkij auf. Ihr gemeinsamer Versuch, zusammen mit der Armee eine Fronde gegen Stalin zu bilden, scheiterte jedoch, und so gelang es Stalin, die Linke zu zerschlagen. Trotzkij wurde ins Ausland verbannt und 1940 in Mexiko ermordet, Sinowjew und Kamenew wurden vorerst politisch kaltgestellt und fielen schließlich der großen «Tschistka» von 1936 bis 1938 zum Opfer. Kaum hatte Stalin den linken Flügel ausgeschaltet, ging er daran, sich ihr Zentralisierungsprogramm vollumfänglich anzueignen. 1927 startete er seinen Feldzug gegen die rund 18 Millionen Kulaken (Mittelbauern), der den Auftakt zu großen Zwangskollektivierungen bildete. Dadurch rief Stalin den Widerspruch der «Rechtsopposition», die unter der Führung von Rykow, Bucharin und Tomskij für eine Fortsetzung des NEP-Kurses eintrat, auf den Plan. Auch in dieser Auseinandersetzung erwies sich der ehemalige Priesterschüler aus Tiflis als stärker.

Die ersten Fünfjahrespläne (1928 bis 1932, 1933 bis 1937)

Mit dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes, der zeitlich ungefähr mit dem Einsetzen der Kollektivierungsmaßnahmen zusammenfiel, ging das «liberale Zeitalter» der NEP abrupt zu Ende. Zwangskollektivierung und gigantische Industrialisierungsprojekte, darunter an erster Stelle der Bau von großen Kraftwerkanlagen, kennzeichneten den im Zeichen der Schwerindustrie stehenden 1. Fünfjahresplan. Im Jahre 1930 mußte Stalin allerdings das Tempo der Zwangskollektivierung stark drosseln, weil es zu großen Bauernerhebungen gekommen war. Stalin befürchtete einen allgemeinen Bauernaufstand, wie ihn Rußland im 18. Jahrhundert erlebt hatte, als der Bauernführer Pugatschow das Land zum Schauplatz eines großen Bürgerkrieges machte. Immerhin waren bis zum Ende des 1. Fünfjahresplans 60 Prozent der Höfe kollektiviert, wobei jedoch die Produktionsleistungen der Landwirtschaft stark zurückgegangen waren. In ihrer Verzweiflung töteten viele Bauern ihr Vieh und verbrannten die Felder, um gegen die Kollektivierung zu protestieren.

Die Kapitalinvestitionen in der Industrie stiegen rasch an. Beliefen sie sich im Jahre 1927 noch auf 825 Millionen Rubel, so erreichten sie 1929 bereits 3400 Millionen. Obwohl die Planziffern nicht überall erreicht werden konnten, wurden gleichwohl gewaltige Leistungen vollbracht. Unter den Arbeitern begann sich mehr und mehr eine Begeisterung für ihr Land und ihre Arbeit auszubreiten. Langsam entwickelte sich ein spezifischer Sowjetpatriotismus. Stalin verstand es, die aufkeimende Liebe zum sozialistischen Vaterland mit einem recht handfesten Personenkult zu koppeln. Er fühlte sich als roter Zar, als Hüter der historischen Traditionen des Russentums, als proletarischer Nachfolger Peters des Großen, Iwans des Schrecklichen und Katharinas der Großen. Besonders ausgeprägt kam das historische Bewußtsein des Sowjetmenschen während des Zweiten Weltkrieges zum Ausdruck, indem dieser Krieg allgemein als eine Wiederholung des «Großen vaterländischen Krieges» von 1812 aufgefaßt wurde. Die Pflege der Traditionen fand auch in der Literatur ihren Niederschlag. Mit Alexeij Tolstoj feierte der traditionelle epische russische Roman seine triumphale und mit Stalin-Preisen großzügig belohnte Auferstehung. Auch auf dem Gebiet des Gesellschaftslebens spielten sich entscheidende Umwälzungen ab. Die Familie, in den ersten Jahren nach der Revolution als Bourgeois-Institution abgestempelt, wurde wieder in ihre alte Stellung als Grundlage des Staates eingesetzt. Die Ehescheidungsgesetze, die eine Ehescheidung bei einfacher Mitteilung an die entsprechende Behörde als rechtsgültig anerkannten, wurden wieder abgeschafft. In den Schulen erhielten die Lehrer ihre Disziplinargewalt zurück. Von nun an konnten die Schüler ihre Lehrer nicht mehr einfach davonjagen, wenn ihnen etwas nicht paßte, wie dies in den Revolutionsjahren üblich gewesen war.

Diese soziologischen Normierungsprozesse setzten schon nach dem Ende des Bürgerkriegs ein und wurden zur Zeit des 1. Fünfjahresplans teilweise gesetzlich untermauert.

Anfang der dreißiger Jahre führte Stalin die ersten Parteisäuberungen großen Stils durch. Hauptsächlich fielen diesen Maßnahmen Angehörige der alten Garde des Bolschewismus zum Opfer, die zu den Kadern der Revolution gehört hatten. Stalin rottete diese Gruppe, die ihn teilweise des Verrats am Gedankengut Lenins bezichtigte, fast völlig aus und machte die Partei durch Massenaufnahmen von jungen und ungebildeten Leuten zu einem willfährigen Instrument seiner Macht. Unter dem Eindruck von Stalins Bluttaten nahm sich dessen Frau im Jahr 1932 das Leben. Dieses Ereignis schien Stalin stark erschüttert zu haben, denn er bot daraufhin dem Politbüro seinen Rücktritt an, der jedoch auf eine Intervention Molotows hin nicht angenommen wurde. Mit dem Beginn des 2. Fünfjahresplans gewährte Stalin den Bauern wieder etwas mehr Freiheit. Die Sowchosen wurden abgeschafft und die Bauern an den Reingewinnen der Kolchosen beteiligt. Dank diesen Maßnahmen konnten schon im Jahre 1933 die Ernteerträge wesentlich gesteigert werden. Auch die Industrialisierung machte rasche Fortschritte. Fabriken schossen wie Pilze aus dem Boden, und die Elektrifizierung des Landes wurde unter ungeheuren Opfern an Menschen und Material vorangetrieben. In der Industrie machte sich überall das Prinzip des «sozialistischen Wettbewerbs» breit, unter welchem Namen eine schamlose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft betrieben wurde. Der Akkordlohn, einst als übelstes Ausbeutungsinstrument des Kapitalismus an den Pranger gestellt, wurde wieder eingeführt. Das Zeitalter des Stachanowismus dämmerte herauf.

Die Intelligentsia — der kommunistische Mittelstand

Bekannte Geschichtsforscher haben schon die Meinung vertreten, der Kommunismus habe sich in Rußland nicht zuletzt deshalb durchsetzen können, weil es in der Sozialstruktur des Zarenreiches praktisch nie einen Mittelstand gegeben hätte. In der Tat standen sich während Jahrhunderten eine dünne Oberschicht und die breite Masse des Volkes gegenüber, ohne daß zwischen ihnen die Verbindungsbrücke eines stolzen und standesbewußten Mittelstandes im westeuropäischen Sinne bestanden hätte. Noch im Jahre 1913 machten Mittelstand und Oberschicht zusammen bloß 2 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung Rußlands aus.

Die Revolution leitete auch hier eine umfassende Umwandlung ein. Mit der Industrialisierung entstand ein gewaltiger Bedarf an technischen und wissenschaftlichen Kaderkräften aller Art. So begann sich schon mit den ersten Fünfjahresplänen langsam eine Schicht heranzubilden und auszudeh-

nen, die man recht eigentlich als Mittelstand, teilweise sogar als Oberschicht betrachten muß: die sogenannte Intelligentsia. Dieser Begriff entstand ursprünglich im 19. Jahrhundert als Bezeichnung für die kleine Schicht von Intellektuellen, die sowohl ihrer Herkunft als auch ihrem Lebensstil nach nicht in die herkömmlichen Gesellschaftsklassen eingereiht werden konnten. Heute umfaßt er praktisch die gesamte Schicht der höheren und mittleren Kaderkräfte. Dazu gehören die Wissenschafter und Forscher aller Sparten, Ingenieure und Techniker, Lehrer, Parteifunktionäre, die höheren Angestellten der staatlichen Betriebe, Journalisten und Künstler. Der Begriff «Intelligentsia» verfügt, wie aus dieser Aufzählung ohne weiteres zu ersehen ist, über einen wesentlich weiteren Rahmen als unser westlicher Begriff «Intelligenz». Bereits im Jahre 1939 umfaßte die Intelligentsia nicht weniger als 13 Prozent aller Erwerbstätigen, während ihr Prozentsatz bis 1956 bereits auf 20 Prozent anstieg. Diese Bevölkerungsgruppe erfüllt in der Sowjetunion – ähnlich dem westeuropäischen Bürgertum des 19. Jahrhunderts – die Rolle der «staatstragenden» Schicht. Die Angehörigen der Intelligentsia sind materiell am stärksten am Sowjetstaat interessiert; ihnen stehen auch die größten sozialen Aufstiegsmöglichkeiten offen. Ihre Kinder füllen die Hörsäle der Universitäten und die Arbeitsräume der Institute; seit 1930 wies der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden eine rückläufige Tendenz auf. Erst in jüngster Zeit bemüht sich die Parteiführung darum, diese Entwicklung etwas zu bremsen und auch den eigentlichen Arbeiterkindern den Zugang zur Universität wieder zu erleichtern.

Als Beispiel dafür, wie groß der Einfluß der Intelligentsia effektiv ist, sei hier die Zusammensetzung des 1963 gewählten Obersten Sowjets der Sowjetunion (Parlament) kurz skizziert: von den insgesamt 1443 Abgeordneten werden nur 378, das heißt rund 26 Prozent, als Arbeiter bezeichnet (Kolchosarbeiter eingerechnet), während die übrigen Abgeordneten fast ausschließlich der Intelligentsia entstammen.

Ohne die Intelligentsia, die Milovan Djilas nicht zu Unrecht als eine «Neue Klasse» bezeichnet hat, wäre, dies muß man offen zugestehen, die rasante Entwicklung des Sowjetstaates wohl kaum möglich gewesen. Geschichte und soziologische Bedeutung dieser Klasse eingehender zu untersuchen, kann nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein. Ihre Entstehung dürfte jedoch mit dem enormen Bildungsdrang in Zusammenhang stehen, der nach der Revolution Millionen von russischen Menschen beseelte. Mit der Schaffung der Zehnjahresschule und dem gewaltigen Ausbau der Universitäten und übrigen höheren Lehranstalten schuf sich die Sowjetunion die Voraussetzungen für die Ausbildung von Wissenschaftern und Technikern, derer sie für die Industrialisierung bedurfte.